



**SPD**



**NIKOLAUSBERGER WEITBLICK**

**JANUSZ-KORCZAK-SCHULE**

**KOMMT ZUSAMMEN  
UND MACHT EUROPA STARK!**  
Europawahl 2019



Dr. Dagmar Schlapheit-Beck

## Europa ist auch in Göttingen erlebbar!

Am 26. Mai 2019 findet die Wahl zum Europäischen Parlament statt. Viele Menschen denken, die EU ist weit weg. Aber sie täuschen sich. Europa wirkt auch vor Ort, hier bei uns in Göttingen und bewirkt viel Positives.

Zu den Bereichen, auf die europäisches Recht Einfluss hat, zählen etwa das Sparkassenwesen, das Abfallrecht, die Wirtschaftsförderung oder die Digitalisierung. Besondere Bedeutung besitzt die Europapolitik auf die kommunale Daseinsvorsorge von der Versorgung mit Trinkwasser und Energie sowie der Entsorgung von Abfall und Abwasser über den ÖPNV bis zu den Bereichen Bildung, Schule, Gesundheit und Soziales.

Auch die EU-Gesetzgebung im Bereich Umweltpolitik berührt uns in Göttingen unmittelbar. So muss z.B. die Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie, die das Ziel verfolgt, die biologische Vielfalt zu erhalten, bei der Bauleitplanung berücksichtig

werden. Aktuell ist etwa die Luftqualitätsrichtlinie, in der das EU-Parlament Grenzwerte für bestimmte Luftschadstoffe festgelegt hat und die heute Grundlage für die Dieselfahrverbote in verschiedenen Städten ist.

Von besonderer Bedeutung vor Ort ist die EU-Förderung lokaler und regionaler Projekte. Hier in Göttingen profitieren wir von EU-Mitteln bei der Schaffung neuer Arbeitsplätze, bei der Qualifizierung von Arbeitslosen, der Sanierung von Stadtquartieren, der Förderung von sozialen Einrichtungen, wie etwa dem Frauennotruf, Klimaschutzmaßnahmen, wie dem Radschnellweg, die Studierenden können mit dem Programm „Erasmus+“ ein Auslandsstudium aufnehmen, dem Nachholen von Schul- und Bildungsabschlüssen bei der Volkshochschule durch Mittel des Europäischen Sozialfonds (ESF) und dem Ausbau der Kultureinrichtungen, wie dem Haus des Wissens durch EFRE-Mittel oder der Stärkung des ländlichen Raums, wie etwa bei der Förderung des Roringer Dorfladens und Berg-Cafés.

**Unser Europa mit seinen demokratischen Grundwerten ist durch antieuropäische, nationalistische und rechtspopulistische Kräfte bedroht. Treten wir dagegen an. Wir sind alle gefordert!**

Dr. Dagmar Schlapheit-Beck  
SPD Ortsverein Göttingen-Nordost  
Vorsitzende

## Europa hat die Wahl

Die Europawahl am 26. Mai 2019 ist eine Entscheidungswahl. Wollen wir das erfolgreiche Schiff Europa wieder auf Kurs bringen oder überlassen wir es zur Verschrottung den Nationalisten und Populisten? Erstarkender Rechtspopulismus und Nationalismus in vielen EU-Ländern sowie zerstörerische Entwicklungen wie beim Brexit oder in Ungarn müssen alle Alarmglocken läuten lassen. Das europäische Projekt ist in einer noch nie gekannten Form in Gefahr und damit die vielen Vorteile einer Mitgliedschaft Deutschlands. Der Nationalismus gibt keine Antwort auf die drängenden Fragen unserer Zeit.

Was aber wäre die Folge, wenn der gewachsene Nationalismus in vielen Mitgliedstaaten sich fortsetzt? Ein Zerfallen der Europäischen Union birgt die Gefahr, dass die einzelnen Staaten sich gegenüber großen Wirtschaftsmächten wie den USA oder zunehmend auch China nicht mehr behaupten könnten. Wir können als Europäische Union mit unseren Kompetenzen und Möglichkeiten im Weltmarkt bestehen aber als einzelne, kleine Staaten nicht.

Rechtsstaat, Demokratie, Menschenrechte – diese zentralen Werte stehen unter Beschuss. Nationalisten wie der



Foto: Bernd Lange

ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán wettern gegen Grundrechte und freiheitliche Demokratie und werden dabei auch noch von der CDU/CSU, ihren Fraktionskollegen im Europäischen Parlament, gedeckt. Deshalb sind alle europäischen Demokratinnen und Demokraten gefragt, für die Demokratie einzustehen und sie gegen die Angriffe der Nationalisten zu verteidigen.

Es wird am 26. Mai 2019 jedoch auch um

die Frage gehen, welches Europa wir wollen. Als überzeugter Sozialdemokrat möchte ich wieder Sicherheit in die Lebensperspektive und die Lebensentwürfe der Menschen bringen. Für mich als Handelspolitiker heißt das auch, dass Handel auf Regeln basieren muss. Den Erpressungen mit illegalen Zöllen, die US-Präsident Donald Trump benutzt, dürfen wir nicht begeben.



Gehen Sie am 26. Mai 2019 zur Wahl und stimmen Sie für ein demokratisches, soziales und vor allem friedliches Europa! Nur mit einer starken EU können Frieden und Wohlstand auch in Deutschland gesichert werden.

### Das ist mir wichtig:

Als Vorsitzender des Handelsausschusses im Europäischen Parlament habe ich in den letzten Jahren klare Regeln für ein faires Miteinander gesetzt, zu Hause und international. Für mich sollen Regeln und Recht gelten und nicht das Recht des Stärkeren.

### Meine Ziele:

- ▶ Den sozialen Zusammenhalt bei uns stärken
- ▶ Mehr Gerechtigkeit auch bei den Unternehmenssteuern schaffen
- ▶ Arbeitsplätze in Niedersachsen sichern und schützen
- ▶ Faire Regeln für den globalen Handel durchsetzen
- ▶ Globalisierung gerecht gestalten

Herzlichst,

Ihr  
Bernd Lange



Der Ortsrat kümmert sich um den ständig wachsenden Verkehr in Nikolausberg, hier Auf der Lieth.

## Der Jugend eine Stimme geben!

Die EU steckt in einer tiefen Krise. Der Brexit und die außenpolitischen Konflikte sind nur einige Beispiele dafür.

Als überzeugte Europäerin möchte ich die Europäische Union stärken und verbessern. Aus meiner Sicht müssen wir ein sozialeres Europa schaffen. Ein Europa, das den Fokus nicht mehr allein auf die Wirtschaft legt, sondern vor allem auf die Menschen.

Diese Verbesserungen für die Bevölkerung europaweit können wir nur mit der EU erzielen, das hat schon die Vergangenheit bewiesen. So gilt nun in allen Mitgliedsstaaten der Grundsatz: gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort. Eine Verbesserung für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die es ohne die EU so nie gegeben hätte.

Und auch durch die finanzielle Unterstützung der EU können wichtige Projekte vor Ort umgesetzt werden, und so Verbesserungen erzielt werden.

So werden z.B. die Universität Göttingen und viele weitere öffentliche Einrichtungen, darunter Kitas und Vereine, durch die Fonds der EU unterstützt.

Die SPD möchte noch viele weitere Ideen umsetzen, und so ein sozialeres Europa gestalten. Dazu zählt z.B. ein



Foto: Larissa Freudenberger

armutsfester Mindestlohn, der nicht überall in der EU gleich ist, sondern an das Sozialniveau des jeweiligen Mitgliedslandes angepasst wird. Dazu zählt aber auch eine Ausbildungsplatzgarantie für alle Jugendlichen europaweit bis sie 25 Jahre alt sind.



Gemeinsam mit der SPD möchte ich vor allem der Jugend eine Stimme geben und sie davon überzeugen, am 26. Mai wählen zu gehen. Die Meinung aller Jugendlichen darf nicht von der EU überhört werden, wenn sie diese so deutlich äußern wie jeden Freitag bei Fridays for future oder bei der Debatte um die sogenannten Uploadfilter. Die Jugendlichen und ihre Anliegen müssen ernst genommen werden.

Larissa Freudenberger



Rüdiger Reyhn

## Wählen gehen für ein gerechtes Europa!

Wer schon ein paar Jahre in Nikolausberg wohnt, sich mit Nachbarn und Freunden gern auch mal über Politisches austauscht, merkt schnell: Viele von uns gucken gern über den Gartenzaun hinaus – auf das, was sich in Deutschland, Europa und der Welt so tut. Die Gründe dafür sind vielfältig: Da befristete Arbeitsverträge keine Seltenheit sind, gibt es immer wieder Zu- und Wegzüge. Viele Nikolausber-

ger sind bei Industrieunternehmen, bei den Max-Planck-Instituten, der Uni und dem Klinikum tätig und beruflich international orientiert.

Da bleibt es nicht aus, dass in den Wochen vor der Europawahl bei Edeka, beim Abholen der Jüngsten vom Kindergarten und der Grundschule diskutiert wird. Etwa darüber, was die EU für die Menschen leistet, ob die Entscheider in Brüssel abgehoben und ob Europa überhaupt demokratisch aufgestellt ist. Manche meinen, dass es nur um eine Vergrößerung von Absatzgebieten für den Handel gehe. Europa ist mehr.

Noch vor 60 Jahren hat das Parlament eine untergeordnete Rolle gespielt. Als die europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl gegründet wurde, gab es eine gemeinsame Versammlung mit 78 Parlamentariern. Mit den römischen Verträgen von 1957 gab es dann eine Versammlung mit 142 Abgeordneten. Sie wurden von den nationalen

Parlamenten entsandt. Im Jahr 1979 fand erstmals eine Direktwahl für das Europäische Parlament statt.

Nunmehr nimmt das EU-Parlament Aufgaben wie nationale

Parlamente wahr. Ihm obliegen die Gesetzgebung und die demokratische Kontrolle der Exekutive. Dennoch ist das EU-Parlament weltweit etwas





Besonderes: Es ist nicht Ausdruck der Willensbildung eines Staates. Die EU ist kein Staat und wird auch in nächster Zeit keiner werden. Es ist eine Union selbstständiger Staaten und keine Staatenunion.

Doch hier tritt ein europäisches Paradoxon zutage: Je wichtiger dieses Parlament geworden ist, desto mehr hat es seine Basis verloren. Das muss sich ändern. Das geht nicht von selbst; die Kraft Europas muss wieder spürbar werden.

Die zentralen Aufgaben der EU, müssen jetzt ergänzt werden um ökologische und soziale Aufgaben: Die Grundfrei-

heiten garantieren, dass sich Waren, Personen, Dienstleistungen und Geld frei bewegen können. Die Bürgerinnen und Bürger der EU haben die Möglichkeit, in jedem Mitgliedstaat zu wohnen, zu studieren, zu arbeiten und den Ruhestand zu genießen. Die Ungleichheit in der Entlohnung und in

der sozialen Versorgung muss beseitigt werden, um Armutswanderungen zu verhindern.

Es mangelt also nicht an Themen, über die in Nikolausberg debattiert werden

kann. Über den Gartenzaun hinweg, beim Einkaufen oder auf der Straße. **Gehen Sie bitte zur Wahl am 26. Mai 2019 und wählen Sie SPD.**





Foto: Wikipedia - Stadthalle Göttingen April 2009,  
<https://commons.wikimedia.org/wiki/File:StadthalleGö.JPG?uselang=de>

## Die Stadthalle bleibt

Die Stadthalle muss am Albaniplatz bleiben, mitten in der Stadt, für alle gut erreichbar und in wenigen Jahren wieder für die Kultureinrichtungen und Veranstalter nutzbar, fordert die Ortsvereinsvorsitzende Dr. Dagmar-Schlapeit-Beck.

Ein Neubau an anderer Stelle, z. B. als reine Konzerthalle am Leineufer würde die Kosten, die die Göttinger Bürgerinnen und Bürger aufzubringen haben, mehr als verdoppeln. Nicht nur das, die Nutzung vom Abi-Ball, Keiner-soll-einsam-sein, Rockkonzerten und Kabarett, anspruchsvollen Musikveranstaltungen und Messen unter einem Dach wäre nicht mehr möglich, wenn eine Konzerthalle gebaut würde. Die Lokhalle, die auch gegen Widerstände vor 20 Jahren als Veranstaltungshalle ausgebaut wurde, ist randvoll belegt. Die Sparkassen-Arena eine reine Sporthalle. Es ist nicht mehr zu verstehen, wenn die CDU, die Grünen oder die FDP, die sich gerne als Fachleute für Sparsamkeit ausgeben, jetzt plötzlich – zwei Jahre vor der Kommunalwahl! – den Bürgern tief in die Tasche greifen wollen. Dann wird nicht nur die Kulturszene in Göttingen durch 7 Jahre oder mehr ohne Stadthalle gelitten haben, es wird auch kein Geld mehr für die dringend benötigten Zuschüsse für diese vorhanden sein. Auch nicht für die dringende Sanierung des Städtischen Museums und der Schulen. Die SPD will, dass mit öffentlichem Geld vernünftig umgegangen wird und wir bald wieder die modernisierte Stadthalle besuchen können.